

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
04. Rat 2014-2020
Sitzungsdatum:
30.10.2014**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 30.10.2014

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.09.2014
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 26.03.2014 aus öffentlicher Sitzung
3. Bebauungsplan Nr. 114 - Beyelsfeld I -
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung
4. Überplanmäßige Tilgung von zwei Investitionskrediten in Höhe von ca. 500 T€
5. Gebührenkalkulationen für das Jahr 2015 betreffend die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen
6. Jahresabschluss 2012
7. Einbringung des Haushaltes 2015
8. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 8.1 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 20. Oktober 2014 betr. Änderung an der Geilenkirchener Straße
- 8.2 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 20. Oktober 2014 betr. Erstellung eines Kreisverkehrs Roermonder Straße/ Friedrich-Ebert-Straße
9. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
10. Bericht des Kämmers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

B) Nichtöffentliche Sitzung

11. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 26.03.2014 aus nichtöffentlicher Sitzung

12. Neuordnung der WestEnergie und Verkehr GmbH (west)
13. Vergabeangelegenheiten
- 13.1 Beschaffung eines Gerätewagen-Logistik Größe 2 (GW-L2)
- 13.2 Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges (LF 20)
14. Erweiterungen zur Tagesordnung
15. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Sven Bildhauer	SPD	
Herr Tim Böven	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Thomas Gottschalk	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr Robert Kohnen	CDU	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	
Herr René Langa	CDU	ab TOP 2 (17.03 Uhr)
Herr Dietmar Lux	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Johannes Nievelstein	CDU	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Artur Wörthmann	CDU	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz

Herr Kämmerer Björn Beeck

Herr Jurist Marius Claßen

Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Verwaltungsangestellter Thomas de Jong

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Er erklärte, dass der Tagesordnungspunkt 6 „Jahresabschluss 2012“ auf die kommende Ratssitzung verschoben und somit von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden müsse, da der Jahresabschluss noch nicht fertiggestellt werden konnte.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 6 „Jahresabschlüsse 2012“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.09.2014**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 11.09.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 26.03.2014 aus öffentlicher Sitzung**
-

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 26.03.2014 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. **Bebauungsplan Nr. 114 - Beyelsfeld I -
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung**
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg hat am 11.09.2014 beschlossen, vor Planaushang des Bebauungsplanes Nr. 114 – Beyelsfeld I – für einen Monat im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB eine Einwohnerversammlung zur Erläuterung der Planung durchzuführen.

**Die Einwohnerversammlung soll an folgendem Datum und Ort stattfinden:
08.12.2014, 19 Uhr im Pädagogischen Zentrum**

Es wird wie folgt zur Einwohnerversammlung eingeladen: Öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt und im Internet

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

Für die Fraktion der CDU:	Stadtverordneter Fred Fröschen und Stadtverordneter Gerhard Gudduschat
Für die Fraktion der SPD:	Stadtverordneter Sven Bildhauer und Stadtverordneter Heiner Weißborn
Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:	Stadtverordnete Appelrath
Für die Fraktion der UWG:	Stadtverordneter Bien
Für die Fraktion der FDP-USPD:	Stadtverordneter Mlaker

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. **Überplanmäßige Tilgung von zwei Investitionskrediten in Höhe von ca. 500 T€**

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, der Grundsatz sei ja richtig, aber habe die Verwaltung geprüft, ob nicht mehr als die 17.000 € Zinsablösung erwirtschaftet werden könnten, wenn die knapp 500.000 € nicht für die Tilgung der Kredite, sondern für Energiesparmaßnahmen eingesetzt würden?

Kämmerer **Beeck** antwortete, die Frage stelle sich hier nicht, weil für solche Maßnahmen die Personalkapazität fehle.

Beschluss:

Sofern die Liquidität zum Tilgungszeitpunkt (Dezember 2014) dies zulässt, sollen zwei Investitionskredite überplanmäßig getilgt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. **Gebührenkalkulationen für das Jahr 2015 betreffend die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen**

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass es heute nur um die reine Kenntnisnahme der Gebührenkalkulationen gehe und nicht um eine Abstimmung hierzu. Da heute keine Entscheidung bzgl. der Gebühren getroffen werde, könne der kurzfristig eingereichte Antrag der SPD-Fraktion betr. Niederschlagswassergebühren von übergeordneten Straßenbaulastträgern auf die Tagesordnung der Novembersitzung gesetzt werden, ohne an Gültigkeit zu verlieren.

Stadtverordneter **Weißborn** bat darum, dann auch das Wort „zustimmend“ aus der Beschlussempfehlung zu streichen. Er verstehe es so, dass die vorliegenden Gebührenkalkulationen als Vorbereitung für die anstehenden Entscheidungen im November heute vorab zur Kenntnis gegeben werden. Unter diesen Umständen sei es in Ordnung, dass der eingereichte Antrag erst in der kommenden Sitzung behandelt werde. Er habe auch noch einige Fragen zu den Kalkulationen per Email gestellt. Die Beantwortung sei ebenfalls für die Vorbereitung der Entscheidungen im November nötig.

Kämmerer **Beeck** betonte, dass es sich heute tatsächlich um eine reine Kenntnisnahme zur Vorbereitung der Entscheidungen im November handele. Da das Wort „zustimmend“ in der Beschlussempfehlung in dem Zusammenhang irritierend sei, werde man dies streichen. Die Antworten zu den eingereichten Fragen werden als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Stadtverordneter **Rißmayer** wies auf seine Fragen in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hin und bat, diese Antworten ebenfalls der Niederschrift als Anlage beizufügen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** fragte nach, ob es korrekt sei, dass, wenn sich die Gebührensätze nicht ändern, auch keine Satzungsbeschlüsse erforderlich seien.

Kämmerer **Beeck** bestätigte dies.

Beschluss:

Die für das Jahr 2015 gefertigten Gebührenkalkulationen der Stadt Übach-Palenberg für die öffentlichen Einrichtungen

- a) Straßenreinigung,
- b) Stadtentwässerung,
- c) Abfallbeseitigung,
- d) Bestattungswesen,

werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Jahresabschluss 2012

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

7. Einbringung des Haushaltes 2015

Bürgermeister Jungnitsch hielt folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Übach-Palenberg, verehrte anwesende Mitglieder der Verwaltung, verehrte Pressevertreter und Gäste!

Vor 5 Jahren, brachte ich meinen ersten Haushalt hier im Rat der Stadt Übach-Palenberg ein. Seitdem ist viel geschehen. Höhen und Tiefen haben wir gemeinsam erleben müssen. Der Tiefpunkt war wohl der, als wir feststellen mussten, dass ein Haushalt mit „normalem“ Handwerkszeug und Mitteln nicht mehr auszugleichen war und wir sehr schnell in die Überschuldung rutschen würden. Wir wurden Stärkungspaktkommune unter der strengen Regie der Kommunalaufsicht.

So richtig vorstellen konnte sich keiner, was dies konkret für Folgen haben würde. Wir haben aber alle erleben müssen, was dies in der Realität bedeutet. Die Eigenständigkeit des Rates war anfänglich sehr eingeschränkt worden und wurde erst wieder mit der Aufstellung und Genehmigung des Maßnahmenkataloges im Sparpaket etwas gelockert.

In diesem Jahr darf letztmalig ein defizitärer Haushalt vorgelegt werden. Wir befinden uns demnach ein Jahr vor dem verpflichtenden Ziel, der Bezirksregierung in 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu müssen. Jetzt noch mit den Zuschüssen des Landes! Das erste große Zwischenziel im Stärkungspakt, der erste große Prüfstein unseres Sanierungsplans. Wir hätten das Ziel 2016 bereits in diesem Jahr übererfüllt, wenn nicht 2 wesentliche und nicht beeinflussbare Komponenten negativ zugeschlagen hätten.

Zum einen eine Verringerung der Schlüsselzuweisungen des Landes um nahezu eine Millionen Euro und zum anderen ein Anstieg der Kreisumlage um ebenfalls über eine Millionen Euro. Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisung wirkt sich die Rückzahlung des Landes aus dem durch die Stadt aufgrund falscher Berechnungen des Landes bzw. Bundes zu viel gezahlten Solidaritätsbeitrag für den Aufbau Ost aus. Ich erinnere, per Gericht wurde festgestellt, dass wir zu viel Geld gezahlt hatten. Das Land hatte nichts Besseres zu tun, als dies dann sofort mit in die Berechnung der Schlüsselzuweisung aufzunehmen. Wie gewonnen – so zerronnen.

Bei der Diskussion um die Steigerung der Kreisumlage habe ich mich im Verbund mit den Bürgermeister-Kollegen natürlich gewehrt, aber wir konnten die geplante Steigerung nur in Teilen absenken. Beim Kreis war durchaus zu sehen, dass dort auch die steigende Sozialbelastung und oftmals durch Gesetzgebung verursachte Kostensteigerung kräftig durchschlug. Dem Kreis muss man zu Gute halten, dass 3 Jahre keine prozentuale Steigerung erfolgt war. Dennoch, uns trifft diese Umlagesteigerung hart und ich appelliere an unseren Kreis alle möglichen Sparpotentiale zu heben um eine weitere Belastung der Kommunen zu vermeiden.

Dieser Apell geht in erster Linie an die Kreistagsabgeordneten, die letztendlich über den Haushalt abzustimmen haben.

Die Aufgabe unseres Kämmers einen nach unseren Vorstellungen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen schien unter diesen Rahmenbedingungen zunächst nahezu unlösbar.

Nun kam uns die bisher gute Konjunktur und die damit verbundenen guten Gewerbesteuerzahlungen aber auch der weiterhin restriktive Sparkurs zu Gute. Letztendlich hat der Kämmerer es dann doch hinbekommen uns diesen Haushalt für das Jahr 2015 vorzulegen. So bin ich heute wiederum in der Lage einen Haushalt vorzuschlagen, der nach unserer Auffassung nach der Gemeindeordnung und dem Stärkungspaktgesetz genehmigungsfähig ist.

Der Haushalt 2015 ist weiterhin geprägt von der Verausgabung von Mitteln für Notwendigkeiten und von restriktivem Sparwillen. Unser Maßnahmenkatalog im Stärkungspakt ist eng und streng anzuwenden. Hier gibt es auch keinen Spielraum. Entweder wird die Maßnahme umgesetzt oder die Grundsteuer B muss erhöht werden – oder eine gleichwertige neue Maßnahme wird durch den Rat beschlossen.

So im Falle der Kreismusikschule. Der Vertrag mit dem Kreis ist unauflösbar. Viele Gespräche mit der Kreismusikschule und bis hin zum Landrat haben nicht dazu geführt, dass die gewünschten Einsparungen erzielt werden können. Ziel der Maßnahme war, am Ende des Tages 85.000 Euro einzusparen. Durch Auslaufen der Kostenübernahmeverpflichtung für ehemalige städtische Musiklehrer können

25.000 Euro eingespart werden, der Rest in Höhe von 60.000 Euro sollte über Gebührenerhöhung bzw. andere Maßnahmen in der Musikschule erreicht werden. Da die Stadt Übach-Palenberg hier nicht direktiv tätig werden kann, war man in diesem Fall auf das Mitwirken des Kreises bzw. der Kreismusikschule angewiesen. Die hierzu geführten Gespräche brachten, wie bereits ausgeführt, nicht den gewünschten Erfolg. Die Folge ist nun, wie im Beschluss vom 26.03.2014 des Rates festgelegt, dass die Grundsteuer B alternativ um 8 Punkte angehoben werden muss.

Wir sind bemüht, der Bezirksregierung bis zur Verabschiedung des Haushaltes eine Alternative aufzeigen zu können, um die Grundsteuer B doch nicht erhöhen zu müssen, doch mit Stand heute sieht es nicht so aus, das wir hier drum herum kommen.

Im Ergebnis bedeutet dies weiterhin sehr strenge Maßstäbe bei den Ausgaben anzulegen. Freiwillige Ausgaben nur im kleinen Bereich zuzulassen und bestens möglichst vermeiden.

Dennoch gelingt es uns immer wieder – oftmals durch Spenden – im Freiwilligenbereich Vieles zu ermöglichen. Dennoch muss ich immer wieder daran erinnern: Wir sind noch nicht soweit, dass wir durchatmen können! Wir sind noch nicht frei in unserem Tun. Die mit der Aufsicht der Bezirksregierung festgezurrten Leitplanken sind da und sie dürfen nicht verlassen werden. Unsere öffentlichen Mittel sind eng und somit unsere Möglichkeiten ebenfalls. Unser Sparplan sieht für die Zukunft noch weitere und erhebliche Einschnitte vor. Dies dürfen wir nicht vergessen. Die Alternative ist die Steuererhöhung, die wir alle hier soweit wie möglich vermeiden wollen. Zusätzlicher Grünschnitt, zusätzliche Arbeiten – oft mit dem Argument versehen - „das kann man ja mal eben mitmachen“ sind jetzt nicht möglich und in Zukunft schon gar nicht! Notwendige Arbeiten müssen getan werden aber so wie in längst vergangenen Zeiten durchaus üblich Vieles für den einen oder anderen „mit zu erledigen“ geht gar nicht mehr, weil notwendige geplante Arbeiten dann liegen bleiben, die Kapazitäten einfach nicht da sind. Wir müssen uns alle weiterhin und noch auf lange Zeit bescheiden.

Der planmäßig weitere Personalabbau wird nicht mehr vollständig kompensiert werden können. Standards müssen nun abgebaut werden. Das tut weh und erfordert ggf. manche Unannehmlichkeit oder Einschränkung. Der Preis ist aber ein genehmigungsfähiger Haushalt mit Haushaltssicherungsplan und somit die Herstellung der politischen Handlungsfähigkeit unserer Stadt in den vorgegebenen Leitplanken.

Die Wirtschaft und die Gewerbeansiedlungen in Übach-Palenberg florieren. Unsere Unternehmen sind weiterhin stabil und weitere Arbeitsplätze werden in unserer Stadt Monat für Monat geschaffen.

Weitere Ansiedlungen stehen an, die Arbeitslosigkeit sinkt weiter. Das kleine Wirtschaftswunder schreitet voran.

Dennoch sind die monetären Mittel, die in die Stadtkasse fließen noch nicht so groß, dass unsere finanzielle Schiefelage behoben ist. Dazu brauchen wir noch die Zeit bis 2020 und darüber hinaus. Wir brauchen weiterhin den Willen und die Konsequenz unsere Stadt finanziell zu sanieren. Es gibt hierzu keine Alternative!

Wir brauchen eine stabile florierende Wirtschaft als Voraussetzung um Arbeitsplät-

ze zu schaffen, Ausbildungsplätze für unsere Jugend anzubieten, das pro Kopf-Einkommen der Einwohner zu stabilisieren und zu steigern – sodass in unseren Geschäften und Einkaufszentren auch die Umsätze generiert werden können, die Angebote steigen und somit weitere Einzelhandelsunternehmen den Weg in unsere Stadt finden.

Wir müssen weiterhin attraktive Baugebiete anbieten, damit neue Bürger den dauerhaften Weg in unsere Stadt finden und sich hier ein Haus oder eine Wohnung nach ihren Vorstellungen und Möglichkeiten bauen können. Ansiedlungswillige auf eine Stadt mit einer Willkommenskultur mit weichen Faktoren treffen, die sie zum dauerhaften Verbleib animiert.

Ganz am Ende dieser Spirale steht dann, meiner Prognose nach, dass auch mehr Geld in die Kasse der Stadt fließt und wir unseren Haushalt saniert bekommen. Mehr noch, Mittel zur Verfügung stehen, um uns dann wieder Dinge leisten zu können, die über das absolut Notwendige und den Werterhalt hinausgehen. Parallel müssen selbstredend unsere Schulden weiterhin deutlich abgebaut werden - am 30.9.d.J. waren wir seit nunmehr über 10 Jahren mit unseren investiven Krediten erstmals wieder unter 40 Mio. Euro! Bis Ende des Jahres wird das Ziel die investiven Schulden auf ca. 39 Mio. gesenkt zu haben gut erreicht werden!

Nach der Stabilisierung der Finanzsituation im Jahre 2020 besteht die Möglichkeit über weitere Dinge nachzudenken. Bis dahin ist „Schmalhals als Küchenmeister“ angesagt! Nur bereits jetzt der erhobene Zeigefinger! Erst muss der Euro verdient sein, ehe man ihn ausgibt, sonst wird auch eine finanziell sanierte Stadt wieder ganz schnell in den Schuldenstrudel geraten.

Bis solche derartigen Gedanken gefasst werden können, wird aber noch ganz viel Zeit in unserer Stadt vergehen. Von daher zunächst erst der nächste Schritt. Jetzt müssen wir uns den wichtigen aktuellen Themen widmen.

Wie z.B., dass die Liegenschaften, die noch in unserem städtischen Besitz bleiben trotz leerer Kasse so in Stand gehalten werden, dass der Werteverfall nicht überproportional schnell von statten geht. Das gilt insbesondere für unsere Schulen. So planen wir in den nächsten Jahren die naturwissenschaftlichen Räume im Schulzentrum zu ertüchtigen, die Toiletten in allen Schulen auf einen Stand zu bringen, der heute üblich ist, die energetische Sanierung voranzutreiben und unsere Straßenbeleuchtung zu modernisieren und mit LED-Köpfen auszustatten. Kanäle und Straßen dort zu sanieren, wo es am dringlichsten erforderlich ist.

Diese aufgezeigten Maßnahmen werden Millionen verschlingen aber sie sind richtig und gut angelegtes Geld, weil werterhaltend und wirtschaftlich in dem Sinne, dass z.B. weniger Energie verbraucht wird und somit weniger laufende Kosten anfallen. Eine weitere Maßnahme analog zur Klangbrücke wird es mit mir nicht geben. Wenn Investitionen getätigt werden, dann in sinnvolle Dinge mit nachhaltiger Wirkung, die die breite Entwicklung unserer Stadt nach vorne bringt.

Auch in diesem Jahr sind wir, sehr geehrte Damen und Herren des Rates, in der Lage einen Haushalt vorzuschlagen, der nach unserer Auffassung nach der Gemeindeordnung und dem Stärkungspaktgesetz genehmigungsfähig ist.

Oberstes Ziel, welches bei der Haushaltsaufstellung seitens der Verwaltung verfolgt wurde, war wie in den vergangenen Jahren, Ihnen einen Haushalt vorzulegen, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dazu führt, dass er genehmigt werden kann. Voraussetzung hierfür ist selbstredend die Zustimmung des Rates. Sollte dies erfolgen, dann kann die Verwaltung, aber auch der Rat der Stadt Übach-Palenberg, nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden, weiter in der bisherigen Form arbeiten.

Wie sehen nun die Eckpunkte des Haushalts 2015 aus?

Maxime war, diesen so zu gestalten, dass eine Haushaltssanierung unter den strengen Bedingungen des Stärkungspaktgesetzes erreicht werden kann. Dies erwähnte ich bereits, sei aber hier nochmals betont.

Wir legen Ihnen, verehrte Mitglieder des Rates, einen Haushalt vor, der bei den Erträgen eine Steigerung von 2,15 % aufweist.

In Zahlen steigen die Erträge

von	57,6 Mio. Euro im Jahre 2014
auf	58,8 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2015.

Die Aufwendungen steigen aufgrund der eingangs dargestellten Verschlechterungen z.B. bei der Kreisumlage stärker als die Erträge an, und zwar um 4,48 %

von	57,6 Mio. Euro auf 60,2 Mio. Euro
-----	-----------------------------------

Dass die Lücke zwischen Aufwendungen und Erträgen nicht größer ausgefallen ist, ist vor allem dem strikten Konsolidierungskurs zu verdanken!

Die notwendigen Investitionen können trotz des negativen Trends um ca. 20 % gesteigert werden

von	4,89 Mio. Euro in 2014
auf	5,9 Mio. Euro in 2015

davon alleine 4,5 Mio. Euro für Infrastrukturmaßnahmen wie Kanalisation, Straßen usw. Dies ist ein Muss, um einen sonst drohenden Verfall Einhalt zu gebieten!

Die Aufwandssumme für Instandhaltung und Unterhaltung des bestehenden unbeweglichen Vermögens (Schulen, Liegenschaften etc.) soll nochmals um ca. 10 % gesteigert werden:

von	2,3 Mio. Euro im Jahre 2014
auf	2,5 Mio. Euro im Jahre 2015

Das Gewerbesteueraufkommen in 2015 wird mit knapp 16,5 Mio. Euro geplant, das sind 10 % mehr als in diesem Jahr mit 15 Mio. Euro. Der Hebesatz soll gleich bleiben, also keine Erhöhung!

Ebenso ist bei dem Hebesatz für die Grundsteuer A keine Erhöhung für 2015 geplant.

Bei der Grundsteuer B ist eine leichte Anpassung um 8 Punkte aus den bereits aufgezeigten Gründen erforderlich auf dann 558 Punkte, sofern eine Kompensation bis zur Verabschiedung des Haushaltes nicht gefunden wird, die auch die Zustimmung der Aufsicht bei der Bezirksregierung findet. Im Vergleich mit anderen Kommunen liegen wir im Übrigen mit diesem Satz im unteren Mittelfeld!

Für 2015 ist wie bereits für dieses Jahr erneut keine Kreditaufnahme geplant! Weder Liquiditätskredite noch Investitionskredite. Im Gegenteil, ein weiterer Kreditabbau von ca. 3,1 Mio. Euro ist für 2015 eingeplant.

Die gute Nachricht, dass 2014 noch 500.000 Euro zusätzlich, also in der Summe ca. 3 Mio. Euro an Krediten abgebaut werden können, sei hier ebenfalls erwähnt. Das noch vorhandene Kreditvolumen wird Ende 2015 dann planmäßig bei ca. 38 Mio. Euro im Investivkreditbereich liegen. Das wäre ein Stand unter dem aus dem Jahre 2003!

Dies ist doch ein Erfolg! - aber ein notwendiger, weil dieser Kreditabbau bei weiterer konsequenter Sparpolitik innerhalb unseres Stärkungspaktes ein wichtiger Bestandteil zur Sanierung unseres Haushaltes ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates, Sie sehen unsere bisherigen Maßnahmen im Finanzbereich greifen. Wir dürfen jetzt selbstverständlich nicht in den Fehler verfallen, die Zügel zu lockern. Alle bisherigen Anstrengungen wären dann umsonst gewesen. Von daher rate ich, die bisherige erfolgreiche Finanzpolitik weiter zu betreiben und dem vorliegenden Haushalt und dem Sanierungsplan zuzustimmen.

Das Votum der Wähler vor 5 Monaten hat gezeigt, dass dies von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung ebenfalls so gesehen und getragen wird!

Ein gutes Signal möchte ich auch in diesem Jahr in Richtung unserer Vereine aussenden. Aufgrund der aufgezeigten Entwicklung des Haushaltes haben wir uns wieder entschlossen keine weitere Kürzung der Vereinszuwendungen für 2015 vorzuschlagen und die Zuwendungen auf den Stand von 2013 auch für 2015 festzuschreiben.

Vereine leisten ehrenamtlich einen großen Beitrag auf breiter Basis im Sport, in der Kultur sowie in vielen anderen Bereichen in unserer Stadt und insbesondere in der Jugendarbeit. Dies ist nicht hoch genug zu würdigen. Dieses Signal soll diese Wertschätzung unterstreichen.

Zusammenfassend zum vorliegenden Haushaltsvorschlag 2015 sei gesagt:

- ***Investitionen für notwendige Infrastrukturmaßnahmen sowie Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen können und müssen deutlich im 2-stelligen Prozentbereich gesteigert werden. Die Sanierung, insbesondere unserer Schulen, wird weiter vorangetrieben!***
- ***Kredite können weiter im erheblichen Maße zurückgezahlt und abgebaut werden. Es geht nicht um Eindämmung der Netto- oder Bruttoneuverschuldung sondern um tatsächlichen realen Schuldenabbau!***
- ***Dem Ziel des tatsächlich ausgeglichenen Haushalts sind wir ein gutes Stück näher gekommen und werden es planmäßig im Jahre 2016 erstmalig erreichen.***

Mit einfachem und oberflächlichem Tun und Erfüllung aller Wünsche ist diese Stadt, unsere Stadt Übach-Palenberg, nicht zu sanieren. Hier ist ein klares Management

mit einer guten und schlanken Mannschaft gefragt. Oftmals sind Wünsche zu versagen – so nachvollziehbar sie auch sein mögen. Jeder Euro, der ausgegeben wird, ist erst zu verdienen, und die Schulden sind zunächst abzubauen. Wobei auch dieses Geld erst verdient werden muss!

Auch ich wünsche mir viele neue schöne Dinge für unsere Bürger in unserer Stadt, doch alles zu seiner Zeit und im Rahmen unserer Möglichkeiten. Zunächst, und in den nächsten Jahren, sind die obersten Ziele und Maxime die Sanierung des Haushaltes und der Erhalt der verbleibenden Güter und Liegenschaften bzw. Einrichtungen unserer Stadt! Die bisherigen noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehaltene Erfolge in unserer Finanzpolitik geben uns Recht, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Wir müssen ihn nur weiter gehen!

Mein Dank geht an dieser Stelle an alle Ratsmitglieder, die diesen Weg bisher mitgetragen haben, ihn in Zukunft mitgehen werden und ihn sich zu Eigen gemacht haben. Die Generationen nach uns werden dies zu bewerten wissen.

Dank möchte ich an dieser Stelle auch meiner Mannschaft im Rathaus, im technischen Betrieb, bei der Feuerwehr, im Schwimmbad, im Mehrgenerationshaus, in der Bücherei, in den Schulen, im Schloss Zweibrüggen und mittelbar im CMC ausdrücklich aussprechen. Ohne das engagierte Tun und den erheblichen Einsatz eines jeden Einzelnen wären die bisherigen Erfolge in der Sanierung der Finanzen unserer Stadt nicht möglich gewesen! Ich weiß, was ich Euch täglich abverlange, verehrte Mitarbeiter – aber nur so werden wir es gemeinsam schaffen! Danke!

Dank auch den Unternehmen und Bürgern in unserer Stadt für ihr Vertrauen in unser Tun. Ich bin davon überzeugt, den richtigen Weg zu gehen. Die bisherigen Erfolge zeigen uns, dass es der richtige Weg ist. Danke!

Ich wünsche abschließend den Fraktionen erfolgreiche und gute Beratungen über diesen Haushaltsvorschlag und bitte diesem am 27. November 2014 so zuzustimmen.

Abschließend möchte ich an dieser Stelle unserem Kämmerer Björn Beeck einschließlich seiner Mannschaft meinen besonderen Dank für das in den letzten Jahren Geleistete aussprechen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Kämmerer **Beeck** wies darauf hin, dass der Haushaltsentwurf ab sofort im Ratsinformationssystem zur Verfügung stehe.

8. Erweiterungen zur Tagesordnung

8.1 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 20. Oktober 2014 betr. Änderung an der Geilenkirchener Straße

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **F. Fröschen** ergänzte, das Problem sei nicht neu. 2007 sei bereits ein ähnlicher Antrag gestellt worden. Damals habe es geheißen, bei der Gei-

lenkirchener Straße handele es sich um eine Landesstraße. Somit liege die Zuständigkeit und die damit verbundene Entscheidungsmöglichkeit nicht bei der Stadt. Deswegen habe man im vorliegenden Antrag ganz bewusst formuliert „in Zusammenarbeit mit dem Straßenverkehrsamt Heinsberg bzw. sonst zuständigen oder mitwirkungsrelevanten Dienststellen“.

Die damals eingeführten Blumenkübel zur Verbesserung der Situation seien wirkungslos.

Bürgermeister Jungnitsch schlug vor, dass die Verwaltung die Angelegenheit prüfe und anschließend im zuständigen Fachausschuss hierüber beraten werde.

Stadtverordnete **Weinhold** bat darum, auch eine entsprechende Kostenaufstellung für die Beratung im Fachausschuss vorzubereiten.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8.2 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 20. Oktober 2014 betr. Erstellung eines Kreisverkehrs Roermonder Straße/ Friedrich-Ebert-Straße

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **G. Gudduschat** ergänzte, erst heute noch habe er in der Mittagszeit aus Setterich kommend 3 Ampelphasen benötigt, um die Kreuzung zu überqueren. Da könne man sich vorstellen, wie die Situation im Berufsverkehr sei.

Aufgrund der Zuständigkeiten habe man auch in diesem Antrag darum gebeten, die zuständigen oder mitwirkungsrelevanten Dienststellen einzubinden.

Bürgermeister Jungnitsch schlug vor, dass die Verwaltung die Angelegenheit prüfe und anschließend im zuständigen Fachausschuss hierüber beraten werde.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er verstehe diesen Antrag als Erinnerung, da seine Fraktion bereits vor längerer Zeit auf diese Situation hingewiesen habe.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

10. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Insoweit wird auf die Sitzungsunterlagen verwiesen.

Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Overländer** fragte, warum am Mehrgenerationenhaus der Schwerbehindertenparkplatz entfernt worden sei. Gerade hier mache ein solcher Parkplatz doch Sinn.

Verwaltungsangestellter **de Jong** antwortete, die entsprechende Beschilderung sei dort entfernt worden, weil diese das Parken ausschließlich für Rollstuhlfahrer erlaube. Aber gerade Rollstuhlfahrer benutzen diesen Parkplatz nicht, weil das Aussteigen auf der Straßenseite erfolgen müsste und dies gefährlich sei. Auf dem Bahnhofsgelände seien zwei große Behindertenparkplätze ausgewiesen, die wesentlich geeigneter für Rollstuhlfahrer seien. Durch das Entfernen der Beschilderung am Parkplatz gegenüber dem Mehrgenerationenhaus können dort nun auch Personen mit Gehbehinderungen parken, die nicht auf einen Rollstuhl angewiesen seien.

Anfrage 1 der UWG-Fraktion:

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, in Bezug auf die Wohnmobilstellplätze am Schwimmbad sei die Kritik an sie herangetragen worden, dass diese nicht auf der städtischen Homepage zu finden seien.

Bürgermeister Jungnitsch sagte einen Hinweis auf der Internetseite der Stadt zu.

Anfrage 2 der UWG-Fraktion:

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, sie habe gehört, dass die Zuwegung zwischen Borsigstraße und Jülicher Straße abgesperrt sei und fragte, wer dies angeordnet habe.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** sagte, er werde sich nach der Angelegenheit beim Ordnungsamt erkundigen und die Beantwortung der Anfrage schriftlich nachreichen (die Beantwortung der Anfrage ist als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 17.48 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 17.50 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin